

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 6, Juni 2012)

**Geld ist nicht dazu da, um Geld zu vermehren,  
sondern um Ideen zu verwirklichen.**

GLS-Bankr

### **DAGS ist jetzt auch Konvent der Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses**

*Unser Arbeitskreis wurde 2004 von Sabine Kühl und Hartmut Sauer, damals unter dem Titel „Diakonischer Aufbruch für Gerechtigkeit und Solidarität“ ins Leben gerufen und trifft sich seitdem regelmäßig, zur Zeit einmal im Monat. Ihm gehören Menschen an, die dem Rauhen Haus, bzw. der Brüder- und Schwesternschaft nahe stehen. Über die Ziele unserer Arbeit haben wir einen Flyer erstellt, dessen aktuelle Version wir als Anlage beifügen. Wir veröffentlichen einmal im Monat dieses Informationsblatt auf verschiedenen Verteilern mit Informationen und Meinungen zu unseren Themen.*

*Nach längerem Überlegen haben wir uns entschlossen, den Antrag zu stellen, auch als "Konvent" anerkannt zu werden. Laut Ordnung sind "Konvente ... Gliederungen der Brüder- und Schwesternschaft. Sie sind in der Regel einem Thema, einer Aktivität oder einer Altersgruppe gewidmet. Ihre Ziele müssen mit den geistlichen Grundlagen dieser Ordnung und den Zielen der Brüder- und Schwesternschaft übereinstimmen." Der Ältestenrat hat in seiner letzten Sitzung unserem Antrag zugestimmt.*

*Wir erhoffen uns von diesem Schritt eine größere Resonanz auf unser Anliegen und mehr Beteiligung an unseren Gesprächen und unseren Aktionen und laden dazu herzlich ein. Dabei sind wir nach wie vor dafür offen, dass sich auch Menschen beteiligen, die nicht direkt Mitglieder der Brüder- und Schwesternschaft sind.*

### **Diakonie-Chef schließt Streikrecht nicht mehr aus**

NÜRNBERG • Eine neue Richtung im Umgang mit den Gewerkschaften hat Günter Breitenbach, Vorstandsvorsitzender der Rummelsberger Dienste, vorgegeben. Er kann sich künftig selbst Streiks in kirchlichen Einrichtungen vorstellen.

"Niemand kann ernsthaft behaupten, Streik müsse bei arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen in der Kirche für alle Zeiten ausgeschlossen sein", sagte Breitenbach bei einer Tagung der Gewerkschaft ver.di vor gut einhundert Mitarbeitervertretern - so heißen Betriebsräte im kirchlichen Bereich - aus ganz Bayern. Arbeitsniederlegungen seien genauso wie Aussperrungen aber lediglich "letzte Mittel".

Für Kirche und Diakonie, bei der allein in Bayern rund 70.000 Menschen beschäftigt sind, gibt es ein eigenes Tarifrecht, den sogenannten Dritten Weg. Streiks sind derzeit verboten. Mit Spannung wird aber noch in diesem Jahr eine Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt in dieser Frage erwartet.

Der Chef der Rummelsberger Dienste mit insgesamt etwa 5.500 Mitarbeitern geht davon aus, dass die Durchsetzungskraft der Arbeitnehmerseite künftig gestärkt werden muss. Breitenbach fragt sich, "ob deren Interessen derzeit beim Dritten Weg ausreichend zum Zuge kommen, oder ob nicht vielmehr die Grundidee ausgehöhlt worden ist".

Spontanen Beifall bekam Breitenbach in Nürnberg für seinen Wunsch, "dass gewerkschaftlich engagierte kirchliche Mitarbeiter und auch Repräsentanten der Gewerkschaft selbst in den kirchlichen Strukturen aktiv sind und an deren Fortentwicklung mitarbeiten." An der Spitze mancher diakonischer Einrichtungen gibt es immer noch starke Vorbehalte gegen ver.di-Aktivitäten, gelegentlich werden diese sogar behindert.

"Ich persönlich teile nicht das Interesse, gewerkschaftlichen Einfluss aus Kirche und Diakonie herauszuhalten", versicherte Günter Breitenbach. Das in der Verfassung verbriefte Recht der Kirchen auf Selbstbestimmung werde dadurch „nun wahrlich nicht gefährdet“. Er kündigte für die nahe Zukunft ernsthafte Gespräche über Modelle an, nach denen sich Gewerkschaften am Dritten Weg beteiligen können. Bisher lehnen sie das grundsätzlich ab.

Unverhohlene Kritik übte der Rummelsberg-Chef an diakonischen Trägern, die sich unter wachsendem Kostendruck Denkweisen angeeignet hätten, wie sie in der Privatwirtschaft üblich seien. "Nicht wenige meinten in der Vergangenheit, Lohnabsenkungen, Ausgründungen und Leiharbeit seien der einzige Ausweg."

Der Vorgänger des Vorstandsvorsitzenden, der heutige Passauer Dekan Wolfgang Bub, war vor gut zwei Jahren als Chef in Rummelsberg zurückgetreten. Dabei hatten Konflikte auch um solche Fragen eine große Rolle gespielt.

Inzwischen, so Breitenbach, seien Maßnahmen ergriffen worden, die dafür sorgen, "dass der diakonische Auftrag nicht verdunkelt wird" und eine Balance zwischen der notwendigen Wirtschaftlichkeit und fachlichen Erfordernissen besteht. So sei der Wachstumskurs korrigiert, die Leiharbeit beendet und die Befristung von Arbeitsverträgen auf ein Minimum beschränkt worden.

## "Das würde uns helfen"

Gegen „Lohndumping und Billigpflege“ machte sich Günter Breitenbach für einen bundesweiten Flächentarif Soziales stark, wie er von ver.di, aber zum Beispiel auch von der Arbeiterwohlfahrt (Awo) und Politikern vorgeschlagen wird. "Das würde die freie Wohlfahrtspflege in ihrem Kampf um Qualitätsstandards in der sozialen Arbeit unterstützen und Verhandlungen mit den Kostenträgern erleichtern", betonte er, "uns wird ja gerne vorgerechnet, dass es andere billiger machen." Breitenbach stieß in der Versammlung bei ver.di-Funktionären und den Mitarbeitervertretern auf große Zustimmung. Manche baten darum, seine "wichtige Botschaft" Diakonie-Geschäftsführern und Dekanen weitergeben zu dürfen.

aus: "Nürnberger Nachrichten" vom 09.05.2012

## Tarifverträge in der Altenpflege unverzichtbar

Stefan Rehm, zuständiger Vorstand im Diakonischen Werk Hamburg: "Tarifverträge sind der wichtigste Baustein, um dem Pflegepersonal gute und sichere Rahmenbedingungen für ihre wichtige Tätigkeit zu bieten. Und sie sind eine Wertschätzung ihrer Arbeit." Den Wettbewerb in der Pflege über die Nichtanwendung von Tarifverträgen zu führen, schade letztlich der Qualität der Versorgung der Pflegebedürftigen und dem Image der gesamten Branche. Stefan Rehm ergänzt: "Wir haben heute schon Probleme, genügend Pflegepersonal zu finden, weil viele denken, in der Pflege wird schlecht bezahlt."

Die Diakonie in Hamburg wendet flächendeckend Tarifverträge an: So zahlen die diakonischen Pflegeeinrichtungen für eine examinierte Altenpflegerin ein Einstiegsgehalt von 2.319 Euro, nach sieben Jahren Betriebszugehörigkeit 2.542 Euro. Wohngruppenleitungen erhalten ein Einstiegsgehalt von 2.736 Euro und nach siebenjähriger Betriebszugehörigkeit 3.050 Euro. Hinzu kommen jeweils Schichtzulagen, Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und eine zusätzliche vom Arbeitgeber finanzierte Altersvorsorge.

Allerdings weist Stefan Rehm darauf hin, dass sich auch die Kostenträger bewegen müssen: "Es wird immer schwieriger, die tariflichen Personalkosten in den Verhandlungen mit den Pflegekassen und dem Sozialhilfeträger zu refinanzieren. Deshalb fordern wir die Politik auf, uns zu unterstützen. Die Anwendung von Tarifverträgen darf kein Wettbewerbsnachteil sein".

aus der Internetseite des DW Hamburg vom März 2012

## Kirche will Notbremse ziehen

### Dauerkonflikt um tarifliche Entlohnung spitzt sich zu. Ratsvorsitzender droht mit Ausstieg aus kirchlicher Sozialarbeit

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, erwägt, in Zukunft kirchliche Sozialarbeit einzustellen, wenn sie nicht mehr zu fairen Arbeitsbedingungen erbracht werden könne. "Wir müssen sowohl nach innen als auch nach außen sagen, dass wir Angebote nicht mehr aufrechterhalten können und wollen, wenn es den Einrichtungen unmöglich gemacht wird, Gehälter nach den kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen zu zahlen", sagte

Schneider bei einer Tagung zum kirchlichen Arbeitsrecht am Montag in Eichstätt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner bezeichnete diesen: "Schritt als ultima ratio", also;als,letzten Ausweg für die Kirchen. „Denn wenn es nicht einmal mehr den Kirchen gelingt, eine' gute Pflege zu fairen Arbeitsbedingungen anzubieten, wem könnte es dann gelingen?“, fragte er. Schneider hatte in seiner Ankündigung, den Tatbestand angesprochen, dass die Unterfinanzierung sozialer Arbeit, wie etwa der Pflege, auch kirchliche Einrichtungen zu einem für ihn inakzeptablen Lohndumping veranlasst.

In seiner Reaktion auf den Ratsvorsitzenden kritisierte Schreiner die arbeitsrechtliche "Situation bei der evangelischen Kirche als "chaotisch". 16 der insgesamt 22 Landeskirchen haben ihre eigenen arbeitsrechtlichen Bestimmungen. - Schreiner verwies auf ein Urteil des höchsten evangelischen Kirchengerichts aus dem Jahr 2007, in dem das Gericht die dauerhafte Leiharbeit in einem Bremer Diakonieunternehmen untersagt hatte. Bis heute werde das Urteil von diakonischen Großeinrichtungen ignoriert. „Hier sehe ich den Staat gefordert“, sagte er.

Der SPD-Politiker forderte für die Sozialbranche einen für alle Einrichtungen verbindlichen Tarifvertrag. Diese 100prozentige Tarifbindung ist aus seiner Sicht, die Antwort auf Dumpinglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse, die mit dem Einzug privater und gewinnorientierter Unternehmen seit einigen Jahren ein Kennzeichen des Sozialmarktes geworden seien.

Die Gewerkschaft ver.di fordert seit einiger Zeit einen einheitlichen Sozialtarif. Dieser Forderung sollten sich die Kirchen anschließen, appellierte Schreiner. Zum sich zuspitzenden Tarifstreit in der Diakonie sagte er "Die Kirchen müssen einen Dauerkonflikt mit den Interessenvertretern ihrer Beschäftigten vermeiden." Dazu gehört nach Schreiners Überzeugung auch, dass die Kirche in ihrem Arbeitsrecht das Streikverbot abschafft. (epd)

aus: „Evangelische Zeitung“ vom 11.03.2012

Für unsere Themen „ungerechte Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ und andere Probleme am Arbeitsplatz suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eures Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung? Vertraulichkeit wird zugesichert.

Erfahrungen bitte an [walter.hamann@hamburg.de](mailto:walter.hamann@hamburg.de)

**Durch Gottes Gnade bin ich, was ich bin .**

(Monatsspruch Juni 2012 aus 1.Kor. 15,10)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **02.08.2012 von 18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim „Weinberg“)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen und über Kritik für das Info-Blatt und die Arbeit unseres Konvents würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg